



## ifo-Studie: Plumpe Interessenpolitik statt seriöser Problemanalyse

Von Friederike Spiecker | 03.09.2018 (editiert am 04.09.2018)

Um den deutschen Exportismus vor Kritik in Schutz zu nehmen, wird vor den abstrusesten Argumenten nicht zurückgeschreckt. Drei Autoren des ifo-Instituts sind sogar bereit, dafür jeden Anspruch auf wissenschaftliche Seriosität zu verspielen.

Eigentlich ist der Beitrag, den drei Autoren des ifo-Instituts in München zum Thema Leistungsbilanzungleichgewichte und Arbeitslosigkeit jüngst verfasst haben ([ifo Schnelldienst 16/2018](#), S. 20-25), unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu unfruchtbar, um ihn eines Kommentars auf Makroskop zu würdigen. Aber wie Heiner Flassbeck in seinem [Beitrag vom 27.8.2018](#) bereits erwähnt hat, ist die ifo-Veröffentlichung wohl als gezielter Angriff auf einen am 23. August 2018 ausgestrahlten Beitrag der [Sendung „Kontraste“](#) zu verstehen.

In der Sendung wurde unter dem Titel „Wie Deutschland Arbeitslosigkeit in Europa produziert“ die vorherrschende Wirtschafts- und insbesondere Lohnpolitik in Deutschland kritisch thematisiert. Mein Eindruck ist, dass das ifo-Institut (das über den geplanten Kontraste-Beitrag zuvor informiert war) hier Gegendruck aufbauen wollte, selbst um den Preis wissenschaftlicher Seriosität. Kritischen Journalisten ist aber nicht damit geholfen, wenn Ökonomen Beiträge wie den besagten von ifo als indiskutabel einstufen und infolgedessen unkommentiert in der Rundablage verschwinden lassen. Stattdessen muss man sich die Mühe machen, wenigstens die größten wissenschaftlichen Mängel

eines solchen Beitrags allgemein verständlich zu erklären, um klare Gegenargumente zu liefern und interessierte Laien dafür zu sensibilisieren, wie hier versucht wird, Interessenpolitik wissenschaftlich zu verbrämen.

## Inhalt der Veröffentlichung

Worum geht es? Die Autoren der ifo-Studie stellen „die Frage, ob Überschussländer ihre Arbeitslosigkeit »exportieren«, ob dort also die Arbeitslosigkeit sinkt, während sie in Defizitländern ansteigt“ (S. 21). Sie präsentieren „Korrelationen zwischen Leistungsbilanzsalden und Arbeitslosenraten, die zwar keine kausalen Wirkungen belegen, die in der Debatte über makroökonomische Ungleichgewichte aber berücksichtigt werden sollten“ und kommen zu dem Ergebnis:

„... es sieht so aus, also (sic) seien wachsende Leistungsbilanzsalden [gemeint sind Überschüsse; Anm. d. Verf.] eher mit zunehmender Arbeitslosigkeit korreliert“ (S. 20). „Der Schluss, Länder mit hohen Überschüssen bereicherten sich (am Arbeitsmarkt) auf Kosten der Defizitländer, scheint mit den Daten nicht vereinbar zu sein“ (S. 25). Am Ende stellen die Autoren fest: „Dieser Beitrag weist ausschließlich darauf hin, dass etwaige Arbeitsmarkteffekte nicht für die Rechtfertigung taugen, gegen Leistungsbilanzüberschüsse vorzugehen“ (S. 25).

Die Autoren räumen ein, dass Leistungsbilanzungleichgewichte andere Probleme mit sich bringen, und erwähnen explizit, dass „einiges dafür [spreche], dass exzessive Überschüsse oder Defizite aufgrund der damit einhergehenden Verschuldungsproblematik zu Krisen führen können“ (S. 25).

## Inkonsistenzen der Argumentationsführung

Nun würde diese von den Autoren aufgemachte Trennung in Arbeitsmarkteffekte einerseits und Verschuldung andererseits den Leser nicht überraschen, der an derlei irreführenden Partialbetrachtungen seit vielen Jahren gewöhnt ist, wenn nicht dieselben Autoren weiter vorn in ihrem Papier schrieben:

„Effekte des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die eben jene Rückkopplungen einzelner endogener Größen widerspiegeln, müssen zwingend berücksichtigt werden“ (S. 21).

Was immer die Autoren unter dem Begriff „gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“ verstehen mögen – eine buchhalterische Identität, das [Magische Viereck](#) oder ein Modell aus Verhaltensgleichungen –, sie verstoßen jedenfalls gegen die von ihnen selbst eingeforderte Berücksichtigung endogener Zusammenhänge, wenn sie Arbeitsmarkteffekte und Verschuldung als voneinander unabhängig ansehen.

Denn ein Land verschuldet sich durch Leistungsbilanzdefizite (oder simpler: Exportdefizite; die Unterscheidung zwischen Leistungsbilanz und Außenbeitrag spielt für die Argumentation hier keine Rolle) bei anderen Ländern – der Überschuss an Importen erfordert logisch zwingend eine Finanzierung dieses Überschusses in Form von Krediten, die letztlich das Ausland gewährt. Ein solches Land hat definitionsgemäß weniger produziert, als es in Form von Konsum oder Investitionen selbst verbraucht hat. Da Produktion aber immer den Einsatz von Arbeitskräften erfordert, muss das Land aus rein buchhalterischen Gründen weniger Arbeitskräfte eingesetzt haben, als es benötigt hätte, wenn es seinen gesamten Konsum und seine gesamten Investitionen der wertmäßigen Summe nach aus *eigener* Produktion gedeckt hätte, also eine ausgeglichene Handelsbilanz (bzw. Leistungsbilanz) gehabt hätte. Mit einem Exportdefizit ist also automatisch allein aufgrund der Saldenmechanik eine geringere Beschäftigung verbunden (und spiegelbildlich dazu eine höhere im Ausland). Das zu begreifen erfordert kein theoretisches Modell mit Verhaltensgleichungen, weil es sich um eine saldenmechanische Identität handelt. Jedenfalls solange man nicht in Schlaraffenland lebt, wo die Güter von selbst entstehen.

Wie die Dinge genau zusammenhängen, kann man in Heiner Flassbecks oben genanntem Beitrag nachlesen. Ich will an dieser Stelle nur auf den Widerspruch hinweisen, in den sich die ifo-Autoren verstricken: Durch extreme Leistungsbilanzungleichgewichte erzeugte Probleme finanzieller Art zwischen Ländern zuzugestehen und gleichzeitig dazu *spiegelbildlich zwingend auftauchende, realwirtschaftliche* Probleme am Arbeitsmarkt zu leugnen, verstößt gegen die gesamtwirtschaftliche Logik.

## Wirkungszusammenhänge bleiben unerörtert

Genauso erstaunlich ist auch folgender Satz aus dem ifo-Beitrag:

„Wenn man unterstellt, die Regierungen der einzelnen Länder unternehmen Maßnahmen, die zu Vollbeschäftigung (Arbeitslosenrate von null) führen, wobei eigentlich hier nicht erheblich ist, welche Maßnahmen es genau sind, dann müssten, wenn die behauptete negative Korrelation stimmen sollte, all diese Länder positive Leistungsbilanzüberschüsse ausweisen. Das ist saldenmechanisch unmöglich“ (S. 22).

Nun gibt es meines Wissens keinen Kritiker der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, der je behauptet hätte, dass alle Länder gleichzeitig erfolgreich sein können bei dem Versuch, Arbeitslosigkeit zu exportieren. Hier wird ein Popanz widerlegt, den kein Kritiker der Überschüsse je aufgebaut hat.

Das eigentlich Überraschende an dem zitierten Satz ist aber der Einschub „wobei eigentlich hier nicht erheblich ist, welche Maßnahmen es genau sind“. Man sollte meinen, dass die Frage, durch welche Maßnahmen genau Regierungen versuchen, die in ihren Ländern herrschende Arbeitslosigkeit abzubauen, der zentrale Punkt ist, um den es bei der Diskussion der Leistungsbilanzsalden geht. Denn die Kritiker der deutschen Überschüsse behaupten ja, dass diese vor allem durch die deutsche

Lohnpolitik zustande gekommen sind: Lohndumping zur Gewinnung preislicher Wettbewerbsfähigkeit in einer Währungsunion und damit zur Gewinnung von ausländischen Marktanteilen in- und außerhalb der Union.

Natürlich ist der Zusammenhang etwas komplexer und niemals in einer simplen Regressionsgleichung wie in dem ifo-Beitrag zu erfassen. Denn das Lohndumping erhöht zunächst die inländische Arbeitslosigkeit wegen des unmittelbaren Verlusts an Binnennachfrage. Erst nach und nach zeitigt die lohnbedingte Zunahme an internationaler Wettbewerbsfähigkeit über den außenwirtschaftlichen Kanal Erfolge am inländischen Arbeitsmarkt. Und das auch nur dann, wenn keine Wechselkursreaktionen die gewonnene Unterbewertung wieder zunichtemachen. Der Schaden für die Handelspartner in Bezug auf deren Arbeitsmarkt ist besonders groß, wenn sie wie im Fall der Eurozone nicht abwerten können und ihnen zugleich durch den Fiskalpakt die Hände gebunden sind, der eigenen Wirtschaft stabilisierend zu Hilfe zu kommen.

Würde eine Regierung statt durch Lohndumping durch eine spürbare Steigerung der öffentlichen Investitionen mittels staatlicher Verschuldung die Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung zu bekämpfen versuchen, ist eine andere Reaktion der Leistungsbilanz zu erwarten: Die Überschüsse würden dank steigender Binnennachfrage nicht steigen, sondern sinken. Gleichzeitig sänke die Arbeitslosenrate – ein Wirkungszusammenhang, den die Autoren selbst beschreiben (vgl. S. 24, 1.Spalte).

Bei Lohndumpingpolitik einerseits und durch Schulden finanzierten zusätzlichen öffentlichen Investitionen andererseits handelt es sich also um zwei unterschiedliche Maßnahmen, die auf die Arbeitslosenrate mittelfristig gleich und auf den Leistungsbilanzsaldo entgegengesetzt wirken. Das heißt, es kommt in der Tat genau auf die Art der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an, wenn man feststellen will, welchen Zusammenhang es zwischen Leistungsbilanzungleichgewichten und Arbeitslosenraten gibt. Man müsste also bei einer empirischen Untersuchung nach der Art der Maßnahmen unterscheiden und sie nicht in einer simplen Regressionsgleichung alle in einen Topf werfen. Ebenso ist die Durchschnittsbildung über Vier-Jahreszeiträume, wie sie von den ifo-Autoren vorgenommen wird, gerade wegen des geschilderten Wirkungsablaufs beim Lohndumping unangemessen: Dadurch werden nämlich alle erkennbaren Effekte eingeebnet. Doch dazu weiter unten noch mehr.

## Datenhaufen ohne jede Aussagekraft

Weiter schreiben die ifo-Autoren, dass „sich die Länder hinsichtlich ihrer Zeitpräferenzraten, ihrer demographischen Fundamentalvariablen oder anderer länderspezifischer Charakteristika unterscheiden“ (S. 22). Das sei ein plausibler Grund dafür, dass Länder im gleichen Zeitraum sehr verschiedene Leistungsbilanzsalden bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung aufweisen könnten. Was wollen die Autoren damit sagen? Dass Vollbeschäftigung und Leistungsbilanzungleichgewichte gleichzeitig auftreten können? Wer hätte das je bestritten? In den 1960er Jahren hatte Deutschland bei vergleichsweise geringfügigen Leistungsbilanzüberschüssen Arbeitskräftemangel, was zur Einwanderung von Gastarbeitern führte. Doch was lehrt uns das für die Beurteilung der Handelsungleichgewichte heute?

Den Nachweis, dass sich länderspezifische Charakteristika jenseits von Regierungsmaßnahmen in den Jahren, in denen Deutschland seinen immensen Leistungsbilanzüberschuss gegenüber dem Rest der Welt aufgebaut hat (also nach Beginn der EWU), selbst gravierend verändert haben, um als Erklärung für die Entstehung der ausufernden Ungleichgewichte dienen zu können, treten die Autoren nicht an.

Stattdessen eliminieren sie länderspezifische Charakteristika durch die Betrachtung von ersten Differenzen der Größen ihrer einfachen Regressionsgleichung. Das bedeutet, dass sie die länderspezifischen Charakteristika für entbehrlich halten bei der Erklärung des Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Handelsungleichgewichten, eben weil sie sie als konstant ansehen. Dieser Sicht der Dinge ist in Hinblick auf Zeitpräferenzraten, Demographie oder sonstiger Länderspezifika durchaus zuzustimmen, weil sie sich seit 1999 innerhalb der EWU tatsächlich nicht wesentlich verändert haben. Wie gesagt: ausgenommen „Regierungsmaßnahmen“ wie etwa die Lohnpolitik, die die Autoren aber schon zuvor für unerheblich erklärt haben und sie gleich mit unter den Tisch fallen lassen.

Nun wenden die Autoren ihre simple Regressionsgleichung auf Daten an, die sie aus den Durchschnitten zweier beliebig gewählter Vierjahreszeiträume (2010-2013 und 2014-2017) gewonnen haben. Ihre Begründung für die Mittelung: Sie wollen keine „vom Konjunkturzyklus und von statistischen Ausreißern getriebene Datengrundlage ... erhalten“ (S. 21). Inwiefern die gewählten Zeiträume sinnvolle Abgrenzungen von Konjunkturzyklen sein sollen, wird nicht thematisiert. Ob es sinnvoll ist, die Konjunktur und darüber hinaus alle zeitlichen Abläufe aus den Daten herauszurechnen, darüber lässt sich streiten. Warum aber nicht der gesamte Zeitraum seit Beginn der Europäischen Währungsunion betrachtet wird, wenn es um die Frage geht, ob Deutschland mit seinen seit der EWU-Gründung entstandenen extremen Handelsüberschüssen seine Währungspartner geschädigt hat, das bleibt ein Geheimnis der Autoren. Vielleicht sind sie aufgrund der Auswahl der von ihnen betrachteten Länder (OECD-Länder, EU 28 und 123 Länder der Welt) nicht auf die Idee gekommen, dass in Sachen Außenhandel die Frage zentral sein könnte, ob man eine eigenständige Währung hat oder in einer Währungsunion wirtschaftet?

Nach all diesen Mühen der Datenauswahl und -bearbeitung erhalten die Autoren einen Datenhaufen, aus dem jeder Zusammenhang zwischen Leistungsbilanzungleichgewichten und Arbeitslosenraten verschwunden ist. Ihre Interpretation:

„Die Berücksichtigung von länderspezifischen Konstanten, die sich aus dem Differenzieren ergibt, lässt also nichts mehr übrig von den in den ersten Streudiagrammen suggerierten negativen Zusammenhängen“ (S. 22).

Da reibt sich der ökonomisch nicht weiter geschulte Leser verwundert die Augen: Werden nun länderspezifische Charakteristika berücksichtigt oder nicht? Nein, sie sind durch die Betrachtung erster Differenzen herausgefallen, weil man sie für konstant erklärt hat. Aber das versteht der ermüdete Laie schon längst nicht mehr, wenn er sich durch die erste Hälfte des Papiers gearbeitet hat. Er nimmt die von den Autoren intendierte Botschaft mit, dass es einfach keinen belastbaren

Zusammenhang zwischen Handelsungleichgewichten und Arbeitslosigkeit gibt, wenn man jedes Land nur genau genug betrachtet.

Kritiker der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse können hingegen – konstante Länderspezifika hin oder her – mühelos nachweisen, dass sich die von ihnen als kausal angeführten Lohnpolitiken in den Ländern der Europäischen Währungsunion seit Beginn der Union massiv unterschieden haben und sie sich daher nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch hervorragend eignen, die Unterschiede in der Entwicklung der Leistungsbilanzsalden zu erklären.

Zu den von den ifo-Autoren vorgelegten Regressionen lässt sich nur eines sagen: Untaugliche, weil ohne jede schlüssige Theorie zusammengemixte Empirie wird nicht dadurch aussagekräftiger oder stichhaltiger, dass man sie auf beliebig viele Länder ausdehnt und auf beliebige Zeiträume begrenzt (mal 2010 bis 2017, mal 1990 bis 2017, mal 1995 bis 2017; also nie ab Beginn der Währungsunion 1999, dem für die EWU relevanten Basisjahr), mal Durchschnitte von Vier-Jahreszeiträumen zugrunde legt, mal erste Differenzen bildet.

## Irreführung mit Wissenschaftskauderwelsch

Was aber treibt Autoren, die ihre Forschungsergebnissen mit dem Satz „Die Simultaneität all dieser makroökonomischen Größen verhindert, wie erwähnt, eine kausale Interpretation“ (S. 24) kommentieren, dazu, in ihrer „kritischen Schlussbemerkung“ zu schreiben „es fehlen sowohl schlüssige theoretische wie auch empirische Argumente dafür, dass ein Anstieg des Leistungsbilanzsaldos oder der Nettoexporte mit einem generellen Absinken der Arbeitslosenrate verbunden wäre“? Ihr eigener Beitrag enthält keinerlei schlüssige Theorie. Ihre Empirie hat mit der zur Debatte stehenden Kritik an den deutschen Überschüssen nichts zu tun, sondern liefert, wie sie selbst schreiben, nur Korrelationen ohne kausale Wirkungszusammenhänge. Schlimmer noch: Die von den im ifo-Beitrag angegriffenen Kritikern der Überschüsse angeführten kausalen Wirkungszusammenhänge werden durch die Art der Datenbearbeitung systematisch ausgeschaltet. Wer sich ein solches Glashaus erbaut und selbst hineinsetzt, sollte sich hüten, mit Steinen um sich zu werfen.

Ich kann die Journalisten, die sich bei kritischer Berichterstattung über die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse mit solchen Arbeiten konfrontiert sehen, nur bitten, sich nicht verunsichern zu lassen und in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, die Öffentlichkeit über die langfristigen Wirkungen der deutschen Wirtschaftspolitik sachlich und verständlich aufzuklären.

Das Rezept „alles in einen Topf schütten, gut umrühren und durch den Fleischwolf der Ökonometrie drehen; sieht wissenschaftlich aus, klingt hochtrabend, versteht kein Laie, so dass Kritik am handwerklichen Vorgehen als Streit zwischen Wissenschaftlern beiseitegeschoben werden kann“ wird hoffentlich bald nicht mehr ausreichen, um das gewünschte Endprodukt zu verteidigen.

Irgendwann wird auch dem letzten Bürger klar sein, dass die Vorwürfe des Auslands, Deutschland habe seine Arbeitsmarkterfolge auf dem Rücken seiner Euro-Währungspartner, namentlich Frankreichs erzielt, berechtigt sind. Hoffentlich wächst die Einsicht hierzulande schneller als die Wut über Deutschlands Wirtschaftspolitik im Ausland!

Übrigens schrieb die [ZEIT im Mai](#), dass Gabriel Felbermayr, einer der drei Autoren des ifo-Papiers, kommendes Jahr Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel werden dürfte.

## Über den Autor



**Friederike Spiecker** ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 03.09.2018 | Editiert am: 04.09.2018

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2018/09/ifo-studie-plumpe-interessenpolitik-statt-serioeser-problemanalyse/>